

Aarau, 17. Januar 2022

Medienmitteilung zu den Abstimmungen vom 13. Februar 2022

Nein zu weiteren Steuerprivilegien, Ja zu einer starken Demokratie!

ArbeitAargau hat die Abstimmungsparolen für den 13. Februar 2022 gefasst: Nein zur Änderung des Bundesgesetzes zur Stempelabgaben, Ja zum Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien.

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe wird ein erneutes Steuerprivileg für Reiche und den gesamten Finanzsektor geschaffen. Da die Emissionsabgabe nur auf Beträge von über einer Million Franken erhoben wird, könnten primär Grosskonzerne, Banken und Versicherungen von einer Abschaffung profitieren. Gleichzeitig wäre der Bund mit Steuerausfällen von rund 250 Millionen jährlich konfrontiert.

Dieser desaströsen Entwicklung in der Steuerpolitik muss endlich Einhalt geboten werden!

ArbeitAargau lehnt die Abschaffung der Stempelsteuern entschieden ab, weil davon nur die Reichen von erneuten Steuerprivilegien profitieren, während die Arbeitnehmenden leer ausgehen und sich zusätzlich mit einer verstärkten Abbaupolitik konfrontiert sehen. Anstatt nun auf 250 Millionen Steuereinnahmen pro Jahr zu verzichten, wäre es vielmehr an der Zeit, mit diesem offensichtlich vorhandenen Geld Massnahmen zu initiieren, welche auch den Arbeitnehmenden wieder zugutekommen, wie beispielsweise die Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen, die Ausdehnung der Elternzeit und die Stärkung der AHV.

Medien sind Service Public und müssen unterstützt werden!

Die Medien sind im Laufe der vergangenen Jahre vermehrt unter finanziellen Druck geraten, da sie ihre Werbeeinnahmen an internationale Internetplattformen verlieren. Seit 2003 sind über 70 Zeitungen verschwunden, viele lokale und regionale Medien sind akut bedroht. Unter dem finanziellen Druck in der Medienbranche leiden nicht nur die Vielfalt und die Qualität der Berichterstattung, sondern genauso die Arbeitnehmenden – denn die Löhne sinken, Arbeitsbedingungen verschlechtern sich und Arbeitsplätze werden abgebaut. Deshalb hat ArbeitAargau zum Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

ArbeitAargau ist überzeugt, dass eine vielfältige und flächendeckende Medienlandschaft für eine starke Demokratie unabdingbar ist. Die professionelle, differenzierte und unabhängige Berichterstattung ist Ausdruck der Meinungsfreiheit und fördert gleichzeitig die demokratische Auseinandersetzung sowie die Meinungsbildung landesweit, aber auch regional und kommunal. Aufgrund dieses Stellenwerts der Medien sind sie zurecht als Teil des Service Public zu qualifizieren, was wiederum staatliche Unterstützungsleistungen nicht nur rechtfertigt, sondern genauso notwendig macht.

Bei Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

Selina Egger, Geschäftsführerin ArbeitAargau, T. 062 834 94 40, selina.egger@arbeitsaargau.ch